

Wirtschaft

Notiz Block



EU-Warenhandel vereinfachen

EU-Industriekommissar Günter Verheugen will den Warenhandel in der Europäischen Union vereinfachen. Er werde dieser Tage eine Gesetzesinitiative vorstellen, um nationale Einfuhrhürden einzudämmen, sagte sein Sprecher in Brüssel. Im Kern geht es um das „Prinzip der gegenseitigen Anerkennung“, das im Binnenmarkt der EU zwar bereits gilt. In der Praxis verwässern die Mitgliedstaaten diesen Grundsatz aber mit immer mehr Auflagen und Verboten. Bisher müssen die Hersteller nachweisen, dass sie nicht gegen die nationalen Bestimmungen verstoßen. „Wir wollen die Beweislast umkehren“, sagte Verheugens Sprecher. Künftig müsste dann ein Mitgliedstaat nachweisen, dass bestimmte Auflagen zum Beispiel wegen öffentlichen Interesses oder Sicherheitsbedenken zwingend notwendig sind. Damit will Verheugen erreichen, dass Güter, die nach den Regeln eines EU-Mitgliedstaates produziert wurden, auch EU-weit verkauft werden können. Die Gesetzesvorschläge der EU-Kommission müssten vom Europaparlament sowie den Regierungen im Ministerrat verabschiedet werden. Nach der umstrittenen Dienstleistungsrichtlinie zur Liberalisierung der Servicemärkte wäre dies der zweite große Schritt zur Vervollständigung des Binnenmarktes der EU.

Globalisierung braucht Politik

Durch die Globalisierung steige der politische Handlungsbedarf mehr als in einer abgeschlossenen Wirtschaft. Tatsache sei, dass Globalisierung nicht gestoppt werden könne und solle, sondern durch proaktive Politik begleitet werden müsse, um deren Vorteile breit zu streuen und sichtbar zu machen, sagte der Chef des Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo), Karl Aiginger, anlässlich der Eröffnung

der Wintertagung des Ökosozialen Forums Österreich, der schon traditionellen heimischen Auftaktveranstaltung für das neue Agrarjahr. Diese allgemeine Feststellung könne auch auf die Agrarpolitik umgelegt werden. Je freier der internationale Handel mit Agrargütern sei, desto mehr müssten vor allem kleine Staaten begleitet werden, um nicht zu den Globalisierungsverlierern zu zählen, waren sich Aiginger und die anwesende heimische Agrarvertretung – an deren Spitze Landwirtschafts- und Umweltminister Josef Pröll – einig. Ansetzen wolle man vor allem bei der Aus- und Weiterbildung sowie bei Forschung und Entwicklung.

Neue Runde im Raclette-Streit

Der in der Schweiz schon seit vielen Jahren andauernde Raclette-Streit geht in seine nächste Runde. Nach einer Aussetzung des Verfahrens seit vergangener November verlangt das Schweizer Bundesgericht nun Auskunft über den Stand der Einigungsbemühungen. Das Bundesamt für Landwirtschaft entschied 2003, dass nur noch Käse aus dem Wallis den Namen „Raclette“ tragen darf. Diese Bestimmung stieß auf Widerstand, wird doch der Großteil des Raclette-Käses nicht im Wallis produziert. So wurden laut *Neuer Zürcher Zeitung* im Jahr 2005 rund 11.000 Tonnen Schweizer, aber nur 2000 Tonnen Walliser Raclettekäse hergestellt. Der Verein Raclette Schweiz, Cremo, Migros und Deutschschweizer Käseproduzenten legten bei der Rekurskommission des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements erfolgreich Berufung ein. Diese entschied, dass der Begriff „Raclette“, wenn er alleine stehe, nicht geschützt werden könne, weil Raclette ursprünglich ein Gericht und nicht eine Käsesorte sei. Einigen sich die Parteien nicht, wird das Verfahren weitergeführt. *apa/kl*

Fortsetzung von Seite 11

Man muss kein Afrika-Insider sein, um davon auszugehen, dass Herkunftszertifikate mit Leichtigkeit gefälscht werden können, dass im „Herz der Finsternis“ des afrikanischen Kontinents nichts leichter ist, als die Herkunft von Diamanten zu verschleiern, und das Korruptionsniveau eigentlich nichts anderes zulässt. Ein Kampf gegen Windmühlen also. Der Weltmarkt für Rohdiamanten ist rund zehn Mrd. Euro schwer, für geschliffene Steine sogar 14 Mrd. Da zählen ein paar Kindersoldaten in den Suburbs von Monrovia nicht viel.

Das Schleifen am Image

De Beers und seine afrikanischen Partnerländer haben mittlerweile zwar mit einer Image-Kampagne reagiert. Das ist auch nötig für ein Produkt, das neben seinem Marktwert im Wesentlichen von Image bestimmt ist. Aber die schönsten Werbemillionen werden das Übel kaum an der Wurzel packen und ausreißen können. Das Übel heißt Milliardengewinne.

Die illegalen Diamanten werden längst auch nicht mehr nur zur Finanzierung blutiger, teils absurder Kriege benutzt, sondern dienen zudem terroristischen Gruppen zur Geldwäsche. Dass sich Al-Qaida dieser Mittel bedient, weiß das Pentagon schon länger als alle anderen. Die Rebellengruppen in Angola, der Elfenbeinküste oder im Kongo spielen hier ohnehin nur mehr eine Statistenrolle.

Nach weltweiten Protesten haben Regierungen, Firmen

und Organisationen im Jahr 2000 das System mit Herkunftszertifikaten aufgebaut, das den Schmuggel von Rohdiamanten zur Kriegsfinanzierung unterbinden soll. Es ist seit 2003 in Kraft. Die Initiative war unter Schirmherrschaft der UNO in Kimberley ins Leben gerufen worden. An dem System arbeiten nun 71 Länder mit. Alle wichtigen Zentren für Förderung, Verarbeitung und Handel mit Diamanten sind vertreten. Rund „99 Prozent der Diamantenproduktion“ sollen so erfasst werden, erklärt sogar De Beers. Für den Rest will die EU „Schlupflöcher stopfen“ und die Diamantenindustrie „mehr in die Maßnahmen einbinden“.

Letzten Endes geht es darum, die Umsatzströme aus Diamantenförderung und Diamantenhandel umzuleiten und die Ursprungsländer in einer transparenten Form davon profitieren zu lassen. In halbwegs stabilen Ländern wie Botswana und Namibia gelingt es teilweise, dass sie sich mit De Beers die Gewinne teilen und so ein ureigenes Interesse daran haben, das Diamantengeschäft auf saubere Beine zu stellen. In beiden Ländern zählt die Diamantenbranche zu den größten Arbeitgebern des Landes.

Das Schweigen der Händler

Die Situation wird nicht gerade dadurch gelindert, dass Transparenz an sich keine herausragende Eigenschaft im Diamantengeschäft ist. Diamantenhandel ist Diskretionssache, Verschwiegenheit wird immer noch großgeschrieben. So weigert sich De Beers vehement,

die Identitäten seiner Einkäufer, die De-Beers-Steine auf nicht-öffentlichen Auktionen kaufen, preiszugeben. Der Erlös für die edelsten aller Steine hängt noch immer vom Verhandlungsgeschick der Käufer ab. Die Schwankungen der Diamantenpreise auf dem Weltmarkt erhöhen zusätzlich den Druck auf derartige Deals.

Die Mechanismen des Diamanten-Welthandels bedingen es, dass die „Selbstkontrolle“ in der Branche derzeit eher zur internen Marktberuhigung eingesetzt wird, als dass sie wirklich den betroffenen Ländern Afrikas nützt. Dies kritisiert vor allem die deutsche Hilfsorganisation Medico International. Sogenannte „Friedensdividenden“, die den Staaten aus den Diamantenerlösen zufließen sollten, seien bis heute etwa in Sierra Leone nie eingetroffen, kritisiert die Vereinigung.

Dagegen könnte eine Offenlegung der Erlöse aus den Diamantengeschäften helfen, gegen die sich Konzerne wie De Beers natürlich mit Händen und Füßen wehren. In den Ländern selbst könnte der Diamantenabbau in Kooperativen organisiert werden, regt Medico International an. Das würde natürlich funktionierende staatliche und wirtschaftliche Strukturen voraussetzen, eine Bedingung, die nur in den wenigsten der betroffenen Länder gegeben ist. Je höher das Lohnniveau der Diamantenarbeiter, desto größer das Interesse an einem legalen Abbau und einem effektiven Zertifizierungssystem. Durchaus. In der Theorie klingt alles schön.

Zahlenspiel



Der Opernball stellt nicht nur den alljährlichen Höhepunkt der Ballsaison dar, sondern sorgt auch für ein Highlight in der Wiener Wirtschaft: Laut Wirtschaftskammer werden allein im Opernhaus etwa 17 Mio. Euro umgesetzt, das Catering durch die Firma Gerstner eingeschlossen. Die Hotels in der Inneren Stadt, vor allem in den Kategorien vier und fünf Sterne, sind rund um das gesellschaftliche Top-Event beinahe restlos ausgebucht. In der Hotellerie schlägt sich der Opernball mit rund 750.000 Euro zu Buche. Die Gilde

der Friseurrechnung mit einem zusätzlichen Umsatz von mehr als 70.000 Euro. Vom Ballgeschäft leben auch die Frackverleiher, deren opernballbezogenen Umsatz die Wiener Wirtschaftskammer auf etwa 80.000 Euro schätzt. Die Textil- und Schuhhändler rechnen mit etwa elf bis zwölf Mio. Euro durch das gesamte Ballgeschäft, können das aber kaum einzelnen Bällen zuordnen. Zur High-Society-Veranstaltung an der Wiener Ringstraße werden 4600 Gäste erwartet – die Hälfte von ihnen aus dem Ausland. *apa/kl*